

Der Bürgermeister stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass unter TOP 5.6 im Ausdruck der Tagesordnung das Wort „Aufstellungsbeschluss“ durch „Auslegungsbeschluss“ zu ersetzen ist.

Es bestand Einvernehmen,

- den Nachtrag zur Tagesordnung vom 15.11.06 mit zu behandeln,
- den TOP 6 als TOP 3.1 vorzuziehen,
- den TOP 7 zusammen mit TOP 9.1.1 zu behandeln und als TOP 3.2 vorzuziehen.

Der Bürgermeister wies auf Anträge der Fraktionen hin, die erst am Sitzungstag eingegangen waren.

1. Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.06, DS.-Nr. 06/0481, „Resolution zum Schülerverkehr aus Birlinghoven zur GGS Niederpleis, Alte Heerstraße“
2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.11.06, DS.-Nr. 06/0477, „Schülertransport für die Grundschul Kinder aus Birlinghoven“

Er merkte an, dass bis zum Beginn der Weihnachtsferien der Schülerverkehr im bisherigen Umfang gesichert sei. Darüber hinaus stehe die Verwaltung derzeit in Verhandlungen mit der RSVG, den Schülerverkehr auch weiterhin in diesem Umfang aufrecht zu erhalten. Daher bestehe keine Dringlichkeit, den Antrag zur Tagesordnung zu nehmen.

Herr Knülle und Frau Ruland vertraten hierzu die Auffassung, dass eine Beratung in der heutigen Sitzung erforderlich sei und beantragten, den Tagesordnungspunkt aufzunehmen. Dem schloss sich Herr Köhler unter Hinweis auf die Geschäftsordnung des Rates an und bat darum, die Entscheidung zur Abstimmung zu stellen. Dies beziehe sich auch auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.11.2006, DS.-Nr. 06/0471, „Verfahren bei der Konzessionsvergabe Gas“.

Der Bürgermeister bestätigte, dass der Rat die Änderung der Tagesordnung zu beschließen habe, die Dringlichkeit einer Angelegenheit werde aber von ihm deutlich gemacht. Daher erübrige sich eine Abstimmung.

Frau Jung schloss sich der Auffassung der Bürgermeisters an, dass die Angelegenheit nicht auf die heutige Tagesordnung gehöre. Sie habe zudem keine Möglichkeit gehabt, sich über den Sachverhalt ausreichend zu informieren. Sie schlug vor, dass in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 29.11.06 und nachfolgend in der Ratssitzung am 13.12.06 seitens der Verwaltung zu dieser Angelegenheit berichtet werde und dann eine qualifizierte Beratung erfolgen könne. Den Ausführungen schloss sich Herr Wagner für die CDU-Fraktion an.

3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.11.06, DS.-Nr. 06/0471, „Verfahren bei der Konzessionsvergabe Gas“

Herr Lehmacher informierte, dass die derzeitigen Konzessionsverträge eine Laufzeit bis zum 28.02.2007 haben. In der Fraktionsvorsitzendenbesprechung am 13.11.06 seien die bisherigen Verhandlungsergebnisse unter Beteiligung der hinzugezogenen Berater vorgestellt worden. Es sei vereinbart worden, dass alle Anbieter gebeten werden, ihre Angebote bis Ende des Monats zu erweitern oder zu ändern. Die endgültigen Resultate würden bis zu diesem Zeitpunkt erwartet. Daher bestehe keine Dringlichkeit, den Antrag zur Tagesordnung zu nehmen. Es sei beabsichtigt, in der kommenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses die Ergebnisse bekannt zu geben. Dann könnten entsprechende Entscheidungen getroffen werden.

Frau Jung erklärte, dass eine Dringlichkeit des Antrages seitens der FDP-Fraktion nicht gesehen werde. Dem schloss sich Herr Wagner für die CDU-Fraktion an. Er äußerte Verwunderung, da der gestellte Antrag konträr zu der in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung einvernehmlich und ausdrücklich vereinbarten Vorgehensweise stehe. Der Bürgermeister ergänzte, dass zu dem nur die Fraktionsvorsitzenden Informationen in der Angelegenheit hätten. Der Gesamtheit des Rates lägen diese Erkenntnisse nicht vor. Auch eine Begleitung des Verfahrens durch die beauftragten Berater sei auf Grund der Kurzfristigkeit in der heutigen Sitzung nicht möglich.

Herr Köhler stellte fest, dass Herr Lehmacher zu dem Antrag inhaltlich gesprochen habe, obwohl dieser nicht zur Tagesordnung genommen wurde. Nach der Fraktionsvorsitzendenbesprechung am 13.11.06 sei die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu neuen Schlussfolgerungen gekommen, die sich in dem gestellten Antrag niedergeschlagen hätten. Zur Dringlichkeit führte er aus, dass Nachteile für die Stadt zu befürchten seien, wenn die Angelegenheit heute nicht beraten werde. Dem schloss sich Herr Knülle an.

4. Antrag der CDU-Fraktion vom 15.11.2006, DS.-Nr. 06/0472, „Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 625 „Niederpleis Mitte“ und Erstellung eines Vorhaben bezogenen Bebauungsplanes“

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass dieser Antrag von der CDU-Fraktion zurückgezogen worden sei. Frau Feld-Wielpütz ergänzte, dass eine Beratung in der nächsten Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses am 12.12.06 erfolgen solle.

5. Antrag der CDU-Fraktion vom 15.11.2006, DS.-Nr. 06/0476, „Zusätzliche Vertreterin im Ausländerbeirat“

Der Bürgermeister führte aus, dass wegen der am gleichen Tag stattfindenden Sitzungen des Ausländerbeirates und Kultur-, Sport- und Freizeitausschusses seitens der CDU-Fraktion keine gleichzeitige Vertretung in beiden Gremien möglich sei. Es bestand daher Einvernehmen, den Antrag unter TOP 9.1.4 zur Tagesordnung zu nehmen.

6. Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2006, DS.-Nr. 06/0478, „Resolution: Schließung der Hauptpost in Sankt Augustin“

Es bestand Einvernehmen, den Antrag als TOP 9.1.5 zu behandeln.